



**Fachtagung der Stadt Trier „Bilanz nach einem Jahr in der Flüchtlingsarbeit - Handlungs- und Entwicklungsbedarfe für die Zukunft“
28.06.2016 im ERA Conference Centre in Trier**



Wohnen und Soziales

Podiumsteilnehmer: Hans – Werner Meyer (Amt für Soziales und Wohnen - Stadt Trier), Dr. Bernd Kettern (Caritasverband Trier), Carsten Stumpfenhorst (Diakonisches Werk) und Stefan Zawar-Schlegel (Treffpunkt am Weidengraben e.V.)

- Auch wenn die Zahlen der aufzunehmenden Asylbewerber zur Zeit rückläufig sind, gibt es nicht weniger zu tun. Die erste Versorgung ist gelungen, nun geht es darum, welche Schritte getan werden müssen, um Integration zu ermöglichen.
- Ziel war es von Anfang an, die Menschen dezentral, verteilt auf das gesamte Stadtgebiet unterzubringen.
- Folge daraus ist, dass die Gemeinschaftsunterkünfte nur als Notunterbringung dienen sollen. Dies bedeutet auch, dass Gemeinschaftsunterkünfte weiterhin zur Vermeidung von Obdachlosigkeit erforderlich sind, da man nicht weiß, wie sich die Flüchtlingszahlen entwickeln.
- Gemeinschaftsunterkünfte haben den Vorteil, dass viele sehr schnell zu erreichen sind: Vor Ort können zum Beispiel Sprachkurse angeboten werden; die Beratung allgemein ist einfacher.
- Nachteilig an diesen Einrichtungen ist der Umstand, dass eben keine Integration in die Gesellschaft stattfinden kann, da dies nur Wohneinheiten für Flüchtlinge sind.
- Es wurden bereits 200 Wohnungen seitens der Stadt zur Unterbringung von Geflüchteten von privaten Vermietern angemietet.
- Benötigt werden mehr Kultur-/Sprachmittler => Das sind Personen mit eigenem Migrationshintergrund, die bei Behörden- und Arztgängen in sprachlicher und kultureller Hinsicht assistieren können.
- Anerkannte Flüchtlinge leben hauptsächlich noch in Gewährleistungswohnungen (durch die Stadt angemietete Wohnungen); sie können in diesen bleiben, bis sie eigenen Wohnraum gefunden haben.



- Es kann keine Unterscheidung in der Unterbringung und sozialen Betreuung zwischen Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen gemacht werden, da der Übergang teilweise fließend ist.
- Auftrag des Fachbereiches Asyl: Verhandlungen mit den Vermietern der Gewährleistungswohnungen, dass die anerkannten Flüchtlinge das Mietverhältnis übernehmen.
- Ziel der kommenden Monate ist es die Arbeit der Stadt verstärkt mit der Arbeit des Jobcenters zu verzahnen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und vorhandene Strukturen zu optimieren.
- Durch die derzeit relativ schnelle Anerkennung, vor allem bei Syrern, fällt die soziale Betreuung theoretisch weg.
- Der Bedarf zur sozialen Betreuung für Asylberechtigte liegt weiterhin vor.
- Kreis Trier-Saarburg hat sich auf die Weiterbetreuung von anerkannten Flüchtlingen auf sechs Monate geeinigt, dies ist auch in Trier anzustreben.
- Integration ist kein kurzfristiger Vorgang, sondern ein langer Prozess, vergleichbar mit einem Marathonlauf.
- Einigkeit besteht darin, dass jetzige Einsparungen in der Sozialbetreuung (Traumabegleitung/ Eingliedermaßnahmen...) später zu größeren Defiziten und Kosten führen.
- Es ist ein vernünftiges Fundament zu schaffen, damit Integration gelingen kann.

Kernaussage/ Forderungen:

- => **Es muss in die soziale Betreuung nachhaltig investiert werden.**
- => **Soziale Betreuung muss auch für Asylberechtigte sichergestellt werden.**
- => **Interesse bei Bevölkerung für Begegnungen mit Flüchtlinge wecken**
- => **Mehr Einsatz von Kultur-/und Sprachmittler erforderlich**
- => **Verzahnung der Strukturen von Stadt und Jobcenter**
- => **Von Integration zur Inklusion**

Anmerkungen und Fragen aus dem Publikum der Fachkonferenz:

- Akzeptanz in der Gesellschaft fördern
- Übergang Sozialamt zum Jobcenter → Zusammenarbeit Wohnungssuche
- Vermittlung aus der Gemeinschaftsunterkunft in Wohnraum
- Soziale Betreuung für anerkannte Flüchtlinge
- Auszugsmanagement
- Begegnungsorte



Sprache und Bildung

Podiumsteilnehmer: Rudolf Fries (Bildungs- und Medienzentrum der Stadt Trier), Michael Müller (Berufsbildende Schule – Gewerbe und Technik), Omar Abouhamdan (Faose e.V.)

- Ein großes Problem stellt der Dozentenmangel für Sprachkurse dar. Für dieses Problem scheint es aktuell keine Lösung zu geben. Es ist nicht zielführend, weniger qualifizierte Mitarbeiter zu beschäftigen. Die Qualität des Unterrichts darf nicht darunter leiden.
- Das derzeitige Honorar für Dozenten in der Erwachsenenbildung ist zu niedrig und daher ist es verständlich, wenn Dozenten Stellen an Schulen bevorzugen. Dazu kommt, dass je nach Fördermittel unterschiedliche Stundenlöhne gezahlt werden, so dass man für die gleiche Arbeit unterschiedlich entlohnt wird.
- Es existiert kein schlüssiges Bundeskonzept zur sprachlichen Bildung von Flüchtlingen. Daher müssen die Kommunen das Fehlen eines einheitlichen Konzepts selbst auffangen, Angebote strukturieren und Lösungen schaffen. Dadurch entsteht ein großer Verwaltungsaufwand, da es viele verschiedene Genehmigungsprozesse gibt und Anträge auf verschiedenen Ebenen (ESF, Bund, Land) zu stellen sind.
- Zur Vernetzung aller bestehenden Angebote wird ein Bildungskordinator eingestellt. Dieser wird im Bildungs- und Medienzentrum der Stadt Trier arbeiten. Die Finanzierung läuft über den Bund.
- Sprache ist das Mittel der Verständigung und Integration. Man muss die Flüchtlinge deshalb zum Spracherwerb motivieren und bei diesem auch unterstützen.
- Es sind Sprachkurse für Akademiker vorhanden, durchgeführt durch die Sprachschule tasi.
- Frau Roser (Akademisches Auslandsamt der Universität Trier) ergänzt, dass es ein Kooperationsprojekt von der Universität Trier und der Hochschule Trier „Fit fürs Studium“ gibt. Vier Tage Sprachkurs, durchgeführt durch tasi, und ein Tag ergänzend propädeutische Veranstaltungen. Teilnehmende sollen in dem Kurs das DSH Niveau (C1) erreichen. Es werden insgesamt 25 Plätze angeboten. Der Kurs wird aus Mitteln des BMBF gefördert.



- Bis zum Sprachlevel B1 dürfen Syrer, Eritrea, Iraner und Iraker die vom BAMF gezahlten Integrationskurse besuchen, auch wenn sie noch nicht anerkannt sind.
- Die Frage, wer nach Ende des Integrationskurses die Kosten übernimmt, bleibt bisher unbeantwortet. → Hier meldet sich Herr Apelt (BAMF) zu Wort: Ab 01.07.2016 können Sprachkurse bis zum Level C2 seitens des BAMF für anerkannte Flüchtlinge und Geflüchtete mit einer guten Bleibeperspektive bezahlt werden.
(siehe: http://www.bamf.de/DE/Willkommen/DeutschLernen/DeutschBeruf/Bundesprogramm-45a/bundesprogramm-45a-node.html;jsessionid=2797F0258D491F091605D8842DD094A6.1_cid294)
- Seit 09/15 wird an der BBS die Möglichkeit zur Teilnahme an einem berufsvorbereitenden Jahr zum Erwerb der Berufsschulreife angeboten; an diesem nehmen 60 junge Flüchtlinge teil; dies soll im Idealfall in eine Ausbildungsaufnahme einmünden. Dabei liegt der Spracherwerb im Fokus.
- Die schulische Betreuung der über 18 Jährigen ist nicht geregelt.
- Modellprojekt: Syrer, Iraner, Iraker und Eritreer können an einem Projekt teilnehmen, das aus 2 Tagen Schule pro Woche und 2 Tagen Praktikum pro Woche besteht. Die soziale Betreuung und Begleitung wird hier von der Caritas übernommen.
- Gezielte Beratung sollen den Abschluss einer Berufsausbildung beziehungsweise den Einstieg in eine solche ermöglichen.
- Viele Praktika oder Ausbildungen scheitern daran, dass die Geflüchteten nicht mit den deutschen Arbeitsregeln (wie z.B. pünktlicher Arbeitsbeginn) vertraut sind. Die kulturellen Unterschiede müssen diesen näher gebracht werden und man darf diese nicht überfordern. Das Personal/ die Lehrkräfte müssen interkulturell geschult werden.
- Sprachkurse sollen die individuelle Situation der Teilnehmer mehr berücksichtigen.
- Sprache lernen sollte nicht nur als Pflicht, sondern vor allem als Recht begriffen werden.

Kernaussagen/ Forderungen:

- => Ziel ist es, die bereits bestehenden Angebote in der Stadt Trier zu halten und die Angebote miteinander zu vernetzen.**
- => Mehr Lehrer sind auszubilden.**
- => mehr Angebote für 18 +**



Anmerkungen und Fragen aus dem Publikum der Fachkonferenz:

- Mehr B2/ C1 Kurse, Sprachkurse für Akademiker
- Wie kann der Dozentenmangel behoben werden?
- Schulplätze ab 18 Jahre
- Sprachkurse für alle Nationalitäten
- Lehrer wünschen sich mehr Informationen über Herkunftsländer und das Thema Trauma
- Vorhandene Angebote und Aktivitäten von Universität und Hochschule besser integrieren
- Sprachangebote auch in eigener Sprache, z.B. Arabisch für Kinder
- Stärkere Berücksichtigung der Lernbiografien
- Alphakurse für lernerfahrene Menschen
- Lehrer und Lehrerinnen fühlen sich allein gelassen im Spagat zwischen Schulpflicht und Schulverweigerung



Ausbildung und Arbeit

Podiumsteilnehmer: Marita Wallrich (Jobcenter Trier), Dr. Carl Ludwig Centner (Handwerkskammer Trier), Monika Berger (Bürgerservice GmbH), Marcus Kleefisch (IRT e.V.), Heike Maria Lau (JTI Germany GmbH)

- Zu Beginn hat man die Flüchtlinge zu schnell in Arbeit/Ausbildungen vermittelt und durch die hohe Erwartungshaltung der Ausbildungsbetriebe überfordert. Damit sind auch die hohen Abbruchquoten zu erklären. Die sprachlichen Barrieren sind zu groß. Es traten Probleme in der Berufsschule auf.
Den Flüchtlingen muss mehr Zeit gegeben werden. Eine konstante Begleitung und Beratung ist zwingend erforderlich.
- Wichtig ist auch die Berufswahl. Der Flüchtling soll nicht einfach in irgendeine Ausbildung geschoben werden, nur weil sich diese gerade anbietet. Es muss differenziert abgewogen werden, um ein langfristiges Interesse an der Ausbildung aufrecht erhalten zu können.
- Es muss eine Aufklärung stattfinden, um die Vorteile und Perspektiven einer abgeschlossenen Ausbildung zu verdeutlichen. Diese kann auch bei Rückkehr ins Herkunftsland Vorteile haben.
- Das Erlernen der deutschen Sprache ist Voraussetzung für berufliche Tätigkeiten.
- Es ist wichtig, dass Flüchtlinge in bestehende Maßnahmen mitaufgenommen werden und man nicht nur „Maßnahmen für Flüchtlinge“ anbietet. Vorhandene Angebote sind zu nutzen und Zugänge zu erleichtern. Es sollten keine „Sonderwelten“ gebildet werden.
- Auf beiden Seiten – Arbeitgeber und Flüchtlinge – ist Geduld gefragt. Im Vordergrund muss der Spracherwerb und eine qualifizierte Beratung stehen.
- Es herrscht bei vielen Betrieben die Bereitschaft, Flüchtlinge auszubilden.
- Sprache ist der Schlüssel zur Arbeit. Die Sprachförderung muss unmittelbar nach Übergang ins SGB II beginnen. Die Teilnahme am Sprachkurs ist innerhalb von 2 bis 6 Wochen realisierbar. Dies wird durch das Jobcenter gewährleistet.
- Zielgerichtete Kompetenzfeststellungen sind unerlässlich. In diesem Rahmen arbeitet das Jobcenter eng mit der Universität und den Kammern zusammen.



Kernaussagen/ Forderungen:

- => Sprache ist der Schlüssel zur beruflichen Integration.
- => Weg von Pilotprojekten, mehr flächendeckende Lösungen
- => Schnelle, aber nicht nachhaltige Vermittlung in Arbeit ist nicht zielführend.
- => Fachkräftesicherung in allen Bereichen
- => Soziale Integration
- => Netzwerkarbeit verstärken

Anmerkungen und Fragen aus dem Publikum der Fachkonferenz:

- Praktika, Hospitationen und Probearbeiten vereinfachen
- BBS-Klassen 18+ → flächendeckend
- Verstärkte Zusammenarbeit mit Jobcenter, Agentur für Arbeit, IHK und HWK → mehr Transparenz
- Vermittlung an Betriebe
- Wie kann fachliche Kompetenzerprobung unbürokratisch erfolgen?
- Mehr berufsbezogene Sprachkurse

Integration erfordert Ausdauer und Geduld auf beiden Seiten.